

Antworten der Parteien/ Direktkandidaten

CDU:

vielen Dank für Ihre E-Mail und für das Interesse am gemeinsamen Regierungsprogramm von CDU und CSU.

Sie haben die Positionen aus den anderen Parteivergleichen korrekt übernommen.

Wir möchten allerdings gerne auf zwei Dinge hinweisen:

1) Beim **WahlSwiper** wird den Parteien im Vergleich zu den anderen Angeboten nicht die Position „Neutral“ zugestanden. Daher sind wir vom Team des WahlSwipers bei der Frage nach gebührenfreien KITA-Plätzen auf die Position „Nein“ gesetzt worden. Wir würden hier bei Ihnen allerdings gerne mit „**Neutral**“ positioniert werden. So haben wir auch beim Wahl-O-Mat geantwortet, die These hat es aber dann nicht in die finalen 38 Thesen geschafft. Hier unsere Begründung für die Position „Neutral“:

„Der Bund hat die Länder mit rund 6 Milliarden Euro bis 2017 beim Kita-Ausbau unterstützt. Nun erhalten die Länder nochmal mehr als 1,1 Mrd. Euro extra. Dadurch können sie 100 000 zusätzliche Kita-Plätze anbieten. Vorrangiges Ziel ist es nun, den Ausbau der Kindertagesstätten weiter voranzubringen und die Qualität von Bildung und Betreuung weiter zu verbessern. Eine Schlüsselrolle kommt dabei der Ausstattung von Kitas und Betreuungseinrichtungen mit ausreichend und gut ausgebildetem Personal zu.“

2) Das Angebot **deinwal.de** gibt Parlamentsabstimmungen aus der Vergangenheit wieder und blickt im Vergleich mit den anderen Vergleichen nicht in die Zukunft. Beim Thema des Kindergelds wird daher eine Abstimmung aus dem Deutschen Bundestag aus dem Jahr 2015 herangezogen. Im Regierungsprogramm von CDU und CSU haben wir aber für die Zukunft eine Kindergelderhöhung vorgesehen. Hier der Auszug aus unserem Programm (S.25/26): <https://www.cdu.de/system/tmf/media/dokumente/170703regierungsprogramm2017.pdf>

„Wir werden die finanzielle Situation junger Familien spürbar verbessern, indem wir den Kinderfreibetrag in zwei Schritten auf das Niveau des Erwachsenenfreibetrags anheben und das Kindergeld entsprechend erhöhen. In einem ersten Schritt werden wir das Kindergeld um 25 Euro je Kind erhöhen. 300 Euro mehr pro Kind und Jahr sind ein starkes Signal. Gleichzeitig wird der Kinderfreibetrag entsprechend erhöht.“

Daher sind wir mit der Fragensauswahl von deinwal.de sehr unglücklich, da dies ein falsches Bild der CDU/CSU-Positionierung wiedergibt. Vielleicht könnten Sie hier die Auswahl der Frage nochmal überdenken.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

(geändert wurde die Frage zu Kitaplätzen von Con zu Neutral)

SPD:

wir bedanken uns für die Übersendung Ihrer Wahlprüfsteine und freuen uns, Ihnen heute anbei die von der SPD erbetenen Antworten übersenden zu können.

Ihre bereits eingegebenen Punkte haben wir geprüft und entsprechen dem beigefügten Dokument angepasst.

Unser Logo finden Sie hier online zum Download: <https://www.spd.de/service/logosbanner/>.

Für Ihr Interesse an unserem Regierungsprogramm bedanken wir uns herzlich und stehen Ihnen für Rückfragen selbstverständlich zur Verfügung.

(geändert wurde die Frage zum Mindestlohn von Pro zu Neutral)

FDP:

anbei Ihre Synopse mit den fehlenden Positionen unserer Partei. Zu der Frage bezüglich Kindergeld und Kinderfreibetrag, vertreten wir eine differenzierte Position. Wir wollen Kinderfreibeträge anheben und Betreuungskosten bis zum Höchstbetrag steuerlich voll absetzbar machen. Bezüglich Kindergeld wollen wir Freie Demokraten alle kindesbezogenen Leistungen zu einem Kindergeld 2.0 zusammenfassen. In diesem sollen die bisher kindesbezogenen, an die Eltern materiell ausgezahlten Transferleistungen, aufgehen (z. B. Kindergeld, Kinderzuschlag, Unterhaltsvorschuss, Auswirkungen von Kindern auf das Wohngeld, Leistungen für Kinder aus dem SGB II, Bildungs- und Teilhabepaket). Dies vielleicht zur Kenntnisnahme, da wir der Aussage einer Erhöhung um derart konkrete Beträge nicht zustimmen können.

Mit freundlichen Grüßen

(geändert wurden: Kindergeld von ? zu Con, Zusammenarbeit bei Bildung von ? zu Pro)

Die Grünen:

vielen Dank für Ihr Interesse an unseren Positionen. Nachfolgend finden Sie die Tabelle für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ausgefüllt und überprüft. Sollten Sie Rückfragen haben, können Sie sich gerne an mich wenden.

Mit bestem Gruß

(geändert wurden: Kindergeld von Pro zu Neutral, Zusammenarbeit bei Bildung von Neutral zu Pro)

Die Linke:

Sehr geehrte Damen und Herren,

danke für Ihre Anfrage. Wir haben in der oben übersendeten Übersicht einen Widerspruch in der Bewertung in Spalte 10 anzumerken:

„Sollte es Bund und Ländern erlaubt sein, bei der Förderung von Wissenschaft, Forschung und Lehre zusammenzuwirken?“ – **contra**

Lt. Wahlprogramm Seite 50 fordert DIE LINKE aber an dieser Stelle ein **pro**.

Mit freundlichen Grüßen

(geändert wurde Zusammenarbeit bei Bildung von Con zu Pro)

AfD:

Bisher keine Antwort

Direktkandidaten:

Bisher nur Kerstin Kassner von der Linken:

Frau Kassner hat lediglich Änderungsbedarf bei den Fragen 8) und 9):

8) „In Deutschland soll es ein bedingungsloses Grundeinkommen geben.“

Antwort K. Kassner: Pro

Und Frage 9) „Sollte das Kindergeld von 184 Euro auf 186 Euro und der Kinderfreibetrag von 2184 auf 2220 Euro erhöht werden (Juni 2015)?“

Hinweis: Die Frage ist sachlich falsch, da z.Z. das Kindergeld in Dt. bei 192 Euro (ab 1.1.2018 194 Euro) und der Kinderfreibetrag bei 7356 Euro liegt. (Kinderfreibetrag 4716 Euro plus Freibetrag für Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf (BEA) von 2.640 Euro).

(„Der gesamte Kinderfreibetrag besteht aus zwei Komponenten, dem Freibetrag für das Existenzminimum des Kindes und dem Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf (BEA). Der erstere muss regelmäßig angepasst werden, weil er das Existenzminimum des Kindes absichern soll. Der BEA blieb jedoch konstant. Insgesamt betrug der Gesamtkinderfreibetrag 2016 7.248 Euro, im Jahr 2017 sind es 7.356 Euro und ab 2018 soll er auf 7.428 Euro steigen.“)

Antwort K. Kassner:

„Wir wollen als Sofortmaßnahme das Kindergeld für alle Kinder auf 328 Euro je Kind erhöhen und ein setzen uns für eine Grundsicherung von 573 Euro ein.“

Bzw. Langfassung:

„Für alle in Deutschland lebenden Kinder und Jugendlichen fordert DIE LINKE gemeinsam mit Wohlfahrtsverbänden und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eine eigenständige, individuelle Grundsicherung in Höhe von zu versteuernden 573 Euro monatlich, die bisherige pauschale Geldleistungen für Kinder und Jugendliche zusammenfasst. Die Kindergrundsicherung wird entsprechend der Entwicklung des Existenzminimums von Kindern angepasst. Sie setzt sich zusammen aus einem monetären Grundbetrag und einem Betrag, der die Mängel der Infrastruktur für Kinder ausgleichen soll. Wenn diese soziale Infrastruktur für Kinder und Jugendliche kostenfrei geschaffen ist, kann die Kindergrundsicherung um den entsprechenden Betrag reduziert werden.“

Mit freundlichen Grüßen
